



AfD Fraktion Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

Fraktionsvorsitz: Klaus Gagel

Fraktionsgeschäftsführung: Karl Mayer

Bankverbindung: vr-bank Untertaunus

IBAN: DE30 5109 0000 0069 1725 04

Taunusstein, den 22.11.2022

71/22

Antrag der AfD-Fraktion zur KT-Sitzung 20.12.2022

Das 49 Euro-Ticket darf die Haushalte von RTV und Kreis nicht belasten

Handwritten signature and date: 22.11.2022

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Der Kreistag stellt fest, dass die Einführung eines 49 Euro-Tickets eine hastige und handwerklich mangelhafte politische Entscheidung darstellt. Der ÖPNV im Rheingau-Taunus-Kreis und die unternehmerische Freiheit des RTV werden dadurch nicht dauerhaft gestärkt. Die zusätzlichen Kosten trägt der Steuerzahler.
2. Der Kreistag stellt fest, dass das 49-Euro-Ticket nur über weitere Subventionen von Bund und Land realisiert werden kann. Landkreis und RTV haben keinen eigenen weiteren Finanzspielraum, um Fahrgeldausfälle zu kompensieren.
3. Der Kreistag stellt fest, dass durch höhere Subventionen von insgesamt 3 Milliarden Euro jährlich bundesweit der unternehmerische Handlungsspielraum von Verkehrsverbänden im Allgemeinen weiter eingeschränkt wird und der Rheingau-Taunus Verkehrsverbund (RTV) von dieser Problematik ebenfalls betroffen ist.
4. Der Kreistag bezweifelt, dass die avisierten 120 Millionen zusätzlicher Mittel aus dem hessischen Landeshaushalt aufgrund zweistelliger Inflationsraten und den weltweit höchsten Energiepreisen in Deutschland langfristig ausreichen werden, um Verluste der hessischen Verkehrsverbände, so auch Verluste des RTV, vollständig zu kompensieren, und erkennt somit, dass weitere Subventionen notwendig sein werden, sollen die Kommunen nicht zusätzlich belastet werden.
5. Der Kreistag stellt fest, dass aufgrund der erforderlichen Anlaufinvestitionen und entgangener Fahrkartenverkäufe Finanzrisiken ins unternehmerische Risiko des RTV und mittelbar in den Kreishaushalt verschoben werden könnten. Des Weiteren führt die monatliche Kündbarkeit des Deutschlandtickets zu weiteren Planungsunsicherheiten beim RTV, gerade bei notwendigen Investitionen.

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook www.facebook.com/afdrheingautanus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 1/3



6. Der Kreistag stellt fest, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel zur zusätzlichen Finanzierung des Deutschlandtickets -wenn überhaupt- höchstens bis zum Jahr 2024 ausreichen werden. Eine Beteiligung des Rheingau-Taunus-Kreises an den steigenden Kosten des ÖPNV droht daher bereits kurzfristig und ist mittelfristig sehr wahrscheinlich.
7. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die hessischen Kommunen und die kommunalen Verkehrsunternehmen dauerhaft und vollständig von den finanziellen Risiken bei der Einführung und vollständigen Realisierung des 49 Euro-Tickets zu entlasten.

Begründung:

Wer bestellt, der bezahlt – dieses Prinzip muss auch bei der Einführung des 49 Euro-Tickets im Rheingau-Taunus-Kreis gelten. Weitere Bundes- und Landesmittel würden dem RTV bei den langfristigen Planungen für den Ausbau und des Erhalts des ÖPNV im Rheingau-Taunus-Kreis unmittelbar zugute kommen.

Der Anspruch, mit einem Deutschlandticket die seit Corona rückläufigen Fahrgastzahlen des ÖPNV zu kurieren, geht an den tatsächlichen Problemen vorbei: Das Angebot und der Service im ÖPNV muss deutlich verbessert werden, damit die Vor-Corona Fahrgastzahlen wieder erreicht werden. Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes, eine kürzere Taktung der Züge, der Zukauf neuer Züge, der Ausbau von Bahnhöfen und Bahnsteigen, die Verbesserung der Hygiene in Zügen und an Bahnhöfen und die Verbesserung der Sicherheit der Fahrgäste in den Abend- und Nachtstunden wird Bürger langfristig dazu bewegen, den ÖPNV wieder zu nutzen.

Die Vereinfachung der Tarifstruktur und die Digitalisierung der Angebote und Verkäufe muss durch Verhandlungen zwischen den Verkehrsverbänden geregelt werden.

Ein deutschlandweites Zugticket ist prinzipiell geeignet, um das Ziel einer Tarifvereinfachung zu erreichen, müsste aber so eingepreist werden, dass die Abhängigkeit der Verkehrsverbände von staatlichen Subventionen nicht vergrößert wird. Ein solches Ticket müsste nach ersten groben Schätzung 69 oder 79 Euro kosten und würde natürlich Premiumangebote wie z.B. den ICE im Fernverkehr ausnehmen. Ein 49-Euro-Ticket setzt deshalb die falschen Anreize für alle Beteiligten, die Verkehrsverbände, die Fahrgäste, die anderen Mobilitätsanbieter und für den Steuerzahler. Im ländlichen Raum wird das Deutschlandticket wegen der schlechten Anbindung eher weniger attraktiv sein. Nach Corona sind die Fahrgastzahlen im ÖPNV immer noch bis zu 20 % unter den Zahlen vor Corona. Viele ehemalige ÖPNV-Nutzer haben sich an die Komfortaspekte des privaten

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautanus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 2/3



Individualverkehrs, insbesondere an ihr Auto, gewöhnt und brauchen starke Anreize wie kürzere Zugtaktung, Pünktlichkeit, Sauberkeit und gute Anschlussverbindungen, will man sie erneut von der Nutzung des ÖPNV überzeugen.

Gez. Klaus Gagel, Fraktionsvorsitzender

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautanus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 3/3